

NFÖ => die Partei, die Ihnen über die Europäische Union die Wahrheit sagt.

Neutrales Freies Österreich  
www.nfoe.at  
01- 02/2007 / Nr. 15

## Wohin wird die Regierung Österreich führen?



Liebe Leser!

In Österreich arbeitet wieder eine rot-schwarze Regierung. Zwei Farben, die einmal stellvertretend für ziemlich gegensätzliche Weltbilder und Arbeitsweisen standen. Heute verbinden die Wirtschaftspartei und die ehemalige „Arbeiterpartei“ alles überdeckende Gemeinsamkeiten. **Sie dienen ergeben, ja fast schon sklavisch dem Konzern-Europa mit Namen Europäische Union und der NATO.**

In der Präambel und im Kapitel „Europa, Außenpolitik, äußere Sicherheit und Landesverteidigung“ des Regierungsabkommens liest sich das folgendermaßen: „Österreich wird weiterhin entschlossen und konstruktiv an der weiteren Integration der EU mit-wirken ...es bekennt sich zur Erweiterung der EU, verpflich-

tet sich zur termingerechten Unterzeichnung und raschen Ratifikation des **EU-Beitrittsvertrages**, ..., konsequenten Weiterentwicklung der Beziehungen Österreichs zur NATO...Unterstützung einer engen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO...und wird eine **Beitrittsoption zur NATO** im Auge behalten.“ ...Österreich wird sich daher aktiv an der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beteiligen...“ (nachzulesen im 168 Seiten umfassenden Abkommen unter [www.austria.gv.at](http://www.austria.gv.at); das Studium der Seiten 3, 4, 6, 16, 17 bis 20 möchte ich besonders empfehlen).

Die Aufklärungs-Aufgabe der NFÖ wird damit noch dringlicher und dass Widerstand in jeder – demokratischen – Form not tut, ist wohl keine Frage mehr. Helfen Sie nach Kräften mit, denn **das letzte Wort muß das Volk haben!**

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli  
Bundesobmann

„Unsere Volks„vertreter“ können ihre insgeheimen Wünsche erst aufgrund der EU-Mitgliedschaft umsetzen.“

Stephan Zanzler

### Inhalt:

- Regierungspläne ..... Seite 1/2
- Beschwerde abgewiesen ..... Seite 2
- Datenklau und SWIFT ..... Seite 3
- Ethik u. Terror ..... Seite 4
- Bundesversammlung..... Seite 4
- Römische Verträge ..... Seite 4/5
- EU-Austritt Grönlands ..... Seite 5
- Positives, Erfreuliches ..... Seite 5/6
- Impressum ..... Seite 6



Schneearme „Hohe Munde“ – Tiroler Oberland, aufgenommen am 2.2.2007

Schneearmut ist eine Katastrophe für Österreichs Touristiker, aber eine übergestülpte EU-Verfassung, die Österreich zu einer EU-Kolonie abwertet, ist eine Katastrophe für alle Österreicher.

*„Die EU-Kommission sorgt dafür, dass die Konzerne alles ausräumen können, was es in Europa zu holen gibt. Unsere Regierung unterstützt sie dabei tatkräftig.“*

*Prof. Dr. Hermann Knoflacher,  
DGW, 43/06*

## **Auch das plant die neue Regierung – Wahlaltersenkung und eine 5-jährige Legislaturperiode**

Die Legislaturperioden werden ab der kommenden Wahl fünf Jahre dauern. Neben der Wahlaltersenkung auf 16, **die von der NFÖ strikt abgelehnt wird, weil sich Jugendliche einer unterschwelligen Wählerbeeinflussung schwerer als Erwachsene entziehen können**, wird auch die Briefwahl eingeführt. Für Auslandsösterreicher wird das E-Voting (Wählen mit Hilfe von Wahlcomputern) erprobt. Hier äußert die NFÖ ebenfalls schwere Bedenken, die sich von unabhängigen Expertisen in Deutschland und den Niederlanden ableiten lassen.

Die niederländische Initiative „Wir vertrauen Wahlcomputern nicht“ hat die Ergebnisse – wie unten angeführt – ihrer, in enger Kooperation mit dem Chaos Computer Club durchgeführten Analyse von Nedap-Wahlcomputern publiziert [1]. Nedap-Wahlcomputer sind auch in Deutschland zugelassen und im Einsatz. (Die Bauartzulassung der Nedap-Wahlcomputer in Deutschland beruht auf einem Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt – PTB).

Die Analyse zeigt auf, dass Wahlcomputer **keinen effektiven Schutz gegen Stimm-Manipulation bieten, die Software einfach auszutauschen ist, das Wahlgeheimnis durch die Wahlcomputer bloßgestellt wird und Manipulationen praktisch nicht nachgewiesen werden können.**

Wir gehen davon aus, dass Deutschland und die Niederlande die technisch bestmöglichen Wahlcomputer in Verwendung haben, daher das Manipulations-Problem ein grundsätzliches ist.

Stimmen unsere Nachforschungen, dann können wir nur eindringlich vor dem Einsatz von Wahlcomputern in Österreich warnen.

## **Verfassungsbeschwerde abgewiesen**

Am 10. Jänner 2007 erhielt der Initiator des „Türkei-Volksbegehrens“, Dr. Hans-Peter Mayr die Abweisung seiner Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Wir berichteten im Frühjahr 2006 in unseren Nachrichten „Nr. 11“ über seine von der NFÖ unterstützte Beschwerde-Absicht.

Die Begründung war mehr als dürftig und setzte sich mit keinem der vorgebrachten Argumente wirklich auseinander. Es scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass sich der Verfassungsgerichtshof immer mehr zu einer politisch willfährigen Institution entwickelt.

Damit hat Dr. Mayr alle Rechtsmittel ausgeschöpft. Die NFÖ nimmt das widerwillig zur Kenntnis und stellt fest, dass das Volk auch nicht einmal ihre Grundrechte zugestanden bekommt. In einer Diktatur würde uns diese Vorgangsweise nicht erstaunen.

*„Nun fragen wir uns, wann die EU für die Türkei bereit sein wird.“*

*Ali Babacan, türkischer Chefunterhändler  
(mit beneidenswertem  
Selbstbewusstsein) im Jänner 2007*



*EU-Erfüllungsgehilfin Angela Merkel: „EU-Verfassungskrise muß bis 2009 gelöst sein.“  
(Aus eigenem Antrieb oder aus einer Gehorsams-Verpflichtung gegenüber George Bush?)*

# Über die wahren Umstände und Konsequenzen verlor die Schlüssel-Regierung kein Wort

Weder die Bundesregierung unter Ex-BK Schüssel noch die auflagenstarken Zeitungen machten sich zu irgendeinem Zeitpunkt, auch nicht nach dem Vorliegen des Fortschrittsberichts der EU-Kommission im Herbst 2006 die Mühe, eine offene Diskussion über das **Für und Wider des EU-Beitritts der Länder Rumänien und Bulgarien** zu führen. Dabei veröffentlichte das oberste EU-Organ im offiziellen „Monitoring-Bericht“ vom 26. Sep-

tember 2006 bestimmte keine alltäglichen Stellungnahmen: „...**die Korruption gibt weiterhin Anlaß zur Sorge...in der Praxis sind bei der Geldwäsche keine Erfolge vorzuweisen...das organisierte Verbrechen wird nur in wenigen Fällen erfolgreich strafrechtlich verfolgt...**“

Es bleibt den Österreichern also nur die Selbsthilfe, d.h. sich über den derzeitigen, politischen Zustand der 2007 beigetretenen EU-Länder

Rumänien und Bulgarien zu informieren, die Volksvertreter nachträglich zur Rede zu stellen und sich auf den Ansturm von Arbeitslosen aus dem Südosten Europas in den nächsten Jahren einzustellen. Arbeitssuchende und Arbeitgeber werden allerdings nicht bis zum Ablauf der Alibi-Übergangsfrist von 7 Jahren warten. (Nachzulesen ist der Monitoring-Bericht im Internet unter: <http://ec.europa.eu/enlargement>)

*„Demokratie ist zur Scheindemokratie verkommen. Das international operierende Kapital - Stichwort Globalisierung - hält sich an keine Grenzen, keine Rechtsform außer an die seiner Winkeladvokaten, zahlt kaum noch Steuern, beherrscht die Politik. Das Kapital kauft sich Parteien, die angeblichen Säulen unserer Demokratie, macht sie gefügig und erpressbar...“*

Wolfgang Hingst, Buchautor



Quelle: „Quintessenz.at“

Bereits seit 2001 gibt die europäische Finanztransaktions-Gesellschaft SWIFT, über die nahezu alle Auslands- und Eil-Überweisungen österreichischer Banken laufen, jährlich die Daten von mindestens 20 Millionen Überweisungen ohne Gerichtsbeschluß an US-Behörden weiter.

Möglich ist dieser „Datenklau“ u.a. dadurch, dass der österreichische Vertreter (Günter Gall) im Verwaltungsrat von SWIFT den **Zugriff der Amerikaner auf die vertrau-**

## US-Geheimdienste erzwangen Herausgabe vertraulicher Finanzdaten

**lichen Daten und den Zahlungsverkehr geduldet hat.**

### Die Erklärung dafür:

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hatten die US-Geheimdienste die Herausgabe und laufende Übermittlung aller vertraulichen Finanzdaten gefordert, die möglicherweise unter den Raster des „Terrorist Finance Tracking Program“ der USA fallen könnte.

Als sich SWIFT zunächst weigerte, drohten die Amerikaner mit der Beschlagnahme der in den USA gespeicherten SWIFT-Daten. Im US-Bundesstaat Virginia befindet sich nämlich eines der drei Hauptrechenzentren des weltweiten Finanztransaktionssystems SWIFT. Mit der Verhinderung von noch Schlimmerem begründet SWIFT

nun, dass man alle gewünschten Daten freiwillig übermittelt habe.

Nach fünf Jahren wäre es langsam an der Zeit, dass sich die Banken darum kümmern, wie mit unseren österreichischen Finanzdaten und dem Bankgeheimnis umgegangen wird.

Was wir daraus lernen können: Kooperationen mit US-Behörden, -Banken und sonstigen US-Konzernen bergen ein äußerst hohes Risikopotential. Jene berufen sich auf oft seltsames US-Recht oder müssen sich diesem beugen.

Dass US-Recht – kritisch betrachtet – nicht selten ein opportunistisches Beliebigkeitsrecht darstellt, wird an diesem Datenschutz-Skandal, wie auch anderen Beispielen (Behandlung von Gefangenen im Guantanamo-Lager etc.) deutlich.

## Wer ist SWIFT?

Von der in Brüssel (!) ansässigen weltgrößten Finanzdatenbank SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) werden der Zahlungsverkehr für ca. 7800 Banken in mehr als 200 Ländern weltweit abgewickelt.

*Wird es einmal heißen „Das neutrale Österreich kam zur Friedenssicherung und findet sich plötzlich im Krieg wieder“? (Ähnlich wie es den kanadischen Soldaten in Afghanistan erging?)*



**An die Mitglieder der NFÖ –  
Neutrales Freies Österreich**

**BITTE  
VORMERKEN!**

**Samstag, 14. April 2007**

**o. Bundesversammlung  
in Goldegg - Salzburg**

Detaillierte Einladung folgt

## Ethik und Terror

Diktaturen zeigen gerne vor, wie brav sie ausgewählte Menschenrechte respektieren. Das Wesen des Terrors ist ja keineswegs, dass er keine Ethik hätte. Im Gegenteil: Manche ihrer Bekenntnisschriften - das Kommunistische Manifest, Hitlers Kampfschrift oder die Bekenntnisse gewalttätiger Islamisten – trafen geradezu von Moral. Indessen ist ihre Ethik einseitig, willkürlich und daher untauglich.

Einseitige Ethik-Konzepte gibt es auch im freiheitlichen Rechtsstaat, doch sind sie hier weniger verhängnisvoll, weil sie in der offenen Debatte laufend korrigiert werden können. Ethische Prinzipien müssen aktualisiert werden. Finden solche Debatten statt, so kann die Ethik bereits einen Erfolg verbuchen. Es besteht ein Klima des gegenseitigen Respekts.

*(Quelle: Peter Ruch / Schweizerzeit, Nr. 11 / 2006)*

## 50 Jahre Römische Verträge

Werden EU-Befürworter mit einigen der zahlreichen, offensichtlichen Mängel der EU konfrontiert, so antworten sie häufig, das seien Anfangsschwierigkeiten, die EU brauche eben noch Zeit sich zu entwickeln.

Das heurige „Jubiläum – 50 Jahre Römische Verträge“ zeigt uns, dass die EU in ihren Grundlagen gar so jung und neu auch nicht mehr ist. Mit der vorangegangenen Errichtung der Montanunion 1951 ist sie schon 56 Jahre alt – Zeit genug also, um Mängel abzustellen und Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Möchte man meinen. Da die EU aber bis auf den heutigen Tag wirkliche, substanzielle Reformen in Richtung freier Zusammenarbeit souveräner Staaten, demokratischer Strukturen mit

öffentlichen Kontrollmöglichkeiten und Transparenz, glaubhafter Vertretung der Anliegen der Menschen, ökologischer Zielsetzungen u. a. konsequent verweigert, ist anzunehmen, dass sie so sein soll wie sie ist.

Blicken wir zurück in die Zeit nach den beiden Weltkriegen, die Sieger und Besiegte hinterließen. Den Siegern, allen voran den USA, musste daran gelegen sein, diesen Zustand nach dem Motto „Amerika in Europa drin, Russland draußen, Deutschland unten“ so lang wie möglich aufrecht zu erhalten. Da sich der Wiederaufstieg der Besiegten auf Dauer doch nicht gänzlich verhindern ließ, hatten Montanunion und Römische Verträge letztlich den Zweck, Deutschland von der Verfügungsgewalt über seine elementaren Rohstoffe abzu-

schneiden, unter dem Deckmantel der „europäischen Integration“ seine wirtschaftliche und politische Entwicklung unter die Kontrolle der Siegermächte zu stellen und diese in einem möglichst großen Ausmaß davon profitieren zu lassen, mit den bekannten Folgen wie Bauernsterben, Euro-Einführung, Osterweiterung, Verlagerung von Unternehmen ins Ausland, Arbeitsmarktkrise, überbordender Ausländerzug, kulturelle Überfremdung, Krise der Sozialsysteme, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Eine eigenständige „Weltmacht Europa“ war unter diesen Voraussetzungen natürlich nie vorgesehen. Das würde gänzlich der „Logik der Macht“ widersprechen und wurde auch bis auf den heutigen Tag nicht einmal im Ansatz verwirklicht.

Aufgrund seines späten EU-Beitritts ist Österreich zwar gegenüber Deutschland, das diesem Prozess der Unterdrückung und Ausplünderung schon länger unterliegt, privilegiert. Österreich soll aber nicht glauben, dass ihm das alles erspart bleiben wird, oder „es schon nicht so schlimm werden wird“. Wenn es weiterhin EU-Mitglied bleibt, ist das nur eine Frage der Zeit. Vergessen wir das bitte nicht, wenn wir die hohlen Phrasen vom „Friedensprojekt Europa“ anlässlich dieses traurigen Jubiläums hören. (nos)

**Kurz vor dem EU-Beitritt 1995 galt Österreich noch als die „Insel der Seligen“ und wurde von vielen Ländern beneidet. Jetzt werden wir ausgequetscht und belächelt.**



Debatte eines Arbeitskreises auf der „Zukunfts-Gespräche“ -Tagung in Bad Ischl, 27. 1. 2007

## Bevorzugung des Eigenen – nicht Fremdenfeindlichkeit

Es mag zwar nicht politisch korrekt sein, aber was ist so arg daran, das Eigene lieber zu mögen als das Fremde? Das sind auch so typische Sprachkritteleien. Daraus wird sofort Fremdenfeindlichkeit gemacht, obwohl meist die Bevorzugung des Eigenen gemeint ist. Die lieben Immigranten halten es

ja auch nicht anders und bilden Kommunen. Letztendlich ist das ganze Leben eine Abfolge und, meinetwegen, Ausgrenzung. Wenn ich ein paar gute Freunde habe, heißt das implizit, dass ich andere nicht so gern mag – sonst wären ja alle meine guten Freunde. Und, so was, einer ist vielleicht mein bester

Freund. Dasselbe ist, s mit Frauen. Liebe ich eine, grenze ich andere aus. Warum sollen Europäern nicht Europäer näher stehen als beispielweise Türken? Wie gesagt, das heißt nicht „Feindlichkeit“, aber sehr wohl „Bevorzugung“.

(aus tirol.at – „ricus“, 22.12.2006)

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...



## Grönland ist das erste Land, das aus der EU ausgetreten ist

Wie schon in unseren Nachrichten vom November 2006 erwähnt, hat es Grönland geschafft 1985 aus der EU, damals hieß sie noch EG, auszutreten. Es lief folgendermaßen ab: Nachdem Grönland als Teil Dänemarks über die Abstimmung im Oktober 1972 in die EU kam, – da

nützte den Grönländern auch die mehrheitliche Ablehnung von ca. 70 Prozent nichts – die Mehrheit der Dänen war dafür.

Die Bevölkerung Grönlands gab nicht auf, erreichte ein Autonomiestatut, das 1979 in Kraft trat und ihnen ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung bescherte. Die seit Jahren aktive Volksbewe-

gung gegen die EU verbuchte 1982 ihren großen Erfolg. Am 23. Feber wurde eine Volksabstimmung abgehalten. Die Mehrheit sagte Ja zum EU-Austritt und so wurde er zum 1. 1. 1985 vollzogen.

**Sanktionen oder Strafzahlungen hat es keine gegeben!** Es gab offenbar keine rechtliche Grundlage dafür.

## Recht auf Wohnung

In Frankreich gibt es künftig ein „Recht auf Wohnung“ und das im Verfassungsrang. Nach aufsehenerregenden Protestaktionen von Obdachlosen und deren Helfern,

kündigte der Sozialminister Jean-Louis Borloo in seiner Neujahrsansprache dieses neue Recht an. Ab Ende 2012 ist es einklagbar.

(aus orf.at., 17. 1. 07)

Dies kann nur eine Notlösung sein. **Ziel der NFÖ ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.**

## Hamburg will mehr Demokratie

Für den Zeitraum 13. Februar bis 5. März 2007 sind in Hamburg zwei Volksbegehren besonderer Tragweite angesetzt. Sie sollen annähernd jene Form der direkten Demokratie ermöglichen, die in der Schweiz zur Normalität gehört. Mit dem ersten Volksbegehren unter dem Titel „Hamburg stärkt den



Volksentscheid – Mehr Demokratie“ ist eine Änderung der Hamburger Verfassung beabsichtigt um Volksentscheide verbindlich zu machen. Mit dem zweiten unter dem Titel „Rettet den Volksentscheid – Mehr Demokratie“ wird eine Änderung des Volksabstimmungsgesetzes angestrebt um z.B. bei Volksbegehren Unterschriften auch außerhalb der Eintragungsstellen zu sammeln. Das könnte Vorbildwirkung für weitere Städte und Länder in Deutschland haben.

**Hoffentlich lernt die neue österreichische Regierung vom Hamburger Beispiel!**

(Näheres unter [www.wahlen.hamburg.de](http://www.wahlen.hamburg.de))

### In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus öffentlichen Förderöpfen.

-----

Weitere Exemplare unseres Nachrichtenblattes oder Flugblätter zu verschiedenen Themen schicken wir auf Anforderung gerne zu.

-----

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.

## Parlaments-Sitzung in St. Anton

Könnte man den österreichischen Parlamentarier schweizerisches Demokratie-Verständnis nachsagen, so wäre diese Meldung nicht so schnell als Faschingscherz zu enttarnen.

Jenseits unserer Westgrenze tagt der Nationalrat nämlich auch gelegentlich auswärts. Zuletzt auf seiner Herbstsession vom 18. September bis 6. Oktober im Bergdorf Flims im Kanton Graubünden.



*Bergdorf Flims im Kanton Graubünden (1100 m Seehöhe)*

Die Schweizer Abgeordneten wollen anscheinend auf diese unkonventionelle Weise das anspruchsvolle Ziel verwirklichen, möglichst vielen Bürgern in unterschiedlichen Regionen nahe zu sein. Und wie verhält es sich mit der „Nähe zu den Bürgern“ in Österreich? Wie Anfangs Februar zu hören war, beabsichtigt NR-Präsidentin Prammer einen Umbau des Plenarsaales im Wiener Parlamentsgebäude. Geschätzte Kosten: 20 Mio. Euro! Mit dieser Summe wären die zusätzlichen Kosten und Spesen für viele Sitzungen in den Bundesländern ganz leicht abgedeckt und unsere Volksvertreter würden der Politikverdrossenheit im allgemeinen und der extrem Wien-lastigen Zentral-Politik endlich entgegenwirken. Um für eine bessere Disziplin und Anstand bei Sitzungen zu sorgen, gäbe es wirkungsvollere und billigere Lösungen als Umbau-Maßnahmen, z.B. die Streichung von lieb gewonnenen Privilegien.

(pn)